

Entwurf

Antrag

Initiator*innen: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Titel: MRS

Antragstext

1 Die FLINTA-Vollversammlung von **Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Friedrichshain-**
2 **Kreuzberg** fordert die vollständige Abschaffung des **sogenannten "Berliner**
3 **Neutralitätsgesetzes" (NeutrG Bln)**.

4 Die Versammlung fordert die grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und den
5 Landesvorstand auf, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen,

- 6 • dass das "Berliner Neutralitätsgesetz" in seiner Gesamtheit aufgehoben
7 wird,
- 8 • insbesondere das bestehende Kopftuchverbot für Polizei, Justiz und andere
9 Bereiche des öffentlichen Dienstes vollständig entfällt,
- 10 • und dass die diskriminierenden Auswirkungen dieses Gesetzes auf FLINTA,
11 insbesondere muslimische Frauen, klar benannt und beendet werden.

Begründung

Das sogenannte Neutralitätsgesetz – offiziell: **Gesetz zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin – Neutralitätsgesetz (NeutrG Bln)** – hat in der Praxis keine Gleichbehandlung geschaffen, sondern strukturelle Diskriminierung zementiert.

Es verbietet religiöse Symbole in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes – etwa in Schule, Polizei und Justiz.

Doch faktisch betrifft dieses Verbot vor allem **muslimische FLINTA-Personen**, insbesondere Frauen mit Kopftuch, und schließt sie von wichtigen staatlichen Funktionen aus.

Obwohl der Berliner Senat das Kopftuchverbot für Lehrer*innen im Frühjahr 2024 aufgehoben hat, bleiben Polizei und Justiz weiterhin ausgeschlossen – ohne sachliche oder rechtsstaatlich tragfähige Begründung.

Neutralität bedeutet nicht Unsichtbarkeit von Vielfalt.

Demokratische Institutionen gewinnen durch Repräsentation, nicht durch Ausschluss.

Das Neutralitätsgesetz ist ein feministisches Thema.

Es beschneidet FLINTA in ihrer Selbstbestimmung, verstärkt rassistische Diskriminierung und stellt Frauen* mit bestimmten religiösen Zeichen unter Generalverdacht – unter dem Deckmantel staatlicher Neutralität.

Wir fordern gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Ressourcen – auch im Staatsdienst.

Das Neutralitätsgesetz steht dem im Weg. Deshalb fordern wir: **vollständige Abschaffung – jetzt.**

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss KV Friedrichshain-Kreuzberg
(dort beschlossen am: 20.06.2025)

Titel: **Sicher unterwegs – Für FLINTA*-Waggons im
Berliner ÖPNV**

Antragstext

1 **FLINTA*-Waggons für Berlin: Schutz, Sichtbarkeit und**
2 **Solidarität im ÖPNV**

3 Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit der BVG, der S-Bahn Berlin GmbH und
4 dem VBB, unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher FLINTA*-Organisationen, die
5 Einrichtung barrierefreier FLINTA*-Waggons im Berliner S- und U-Bahnverkehr
6 umzusetzen.

7 **Wir fordern:**

8 Die sofortige Einführung geschützter Waggons für FLINTA*-Personen (Frauen,
9 Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Menschen) in der Berliner S- und
10 U-Bahn – ohne Einschränkungen nach Tageszeit oder Linie, barrierefrei und gut
11 sichtbar.

12 **FLINTA*-Personen sind im öffentlichen Raum nicht sicher**

13 Jeden Tag erleben FLINTA*-Personen im Berliner Nahverkehr Belästigungen,
14 sexualisierte Gewalt und verbale Übergriffe. Besonders nachts sowie an wenig
15 frequentierten oder unübersichtlichen Stationen sowie in Waggons werden sie zur
16 Zielscheibe patriarchaler Gewalt.

17 Diese Realität schränkt die Bewegungsfreiheit von FLINTA* massiv ein: Viele

18 meiden bestimmte Linien oder Uhrzeiten, steigen vorzeitig aus oder greifen auf
19 teurere Verkehrsmittel zurück – aus Angst. Damit wird ihr Grundrecht auf
20 gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Raum faktisch untergraben.

21 FLINTA*-Personen mit Migrationsgeschichte und BIWOC (Black, Indigenous and Women
22 of Colour) sind hiervon oft besonders betroffen. Sie erleben
23 Mehrfachdiskriminierung – unter anderem durch rassistische Zuschreibungen und
24 strukturelle Ausschlüsse. Rassistisch motivierte Übergriffe werden häufig nicht
25 ernst genug genommen, und der Umgang mit Behörden oder Institutionen ist oft von
26 Vorurteilen geprägt.

27 Für Einige können zusätzlich sprachliche Barrieren den Zugang zu Hilfe, Schutz
28 und politischer Teilhabe erschweren. Auch kulturelle Unterschiede können zu
29 Unsicherheiten im Kontakt mit staatlichen Stellen oder im öffentlichen Raum
30 führen.

31 **FLINTA*-Waggons: Ein konkreter Schritt für mehr Sicherheit**

32 Um dem strukturellen Mangel an Schutz entgegenzuwirken, fordern wir die
33 Einführung spezieller Waggons für FLINTA*-Personen in der Berliner S- und U-
34 Bahn. Diese Waggons sollen sichere Räume im öffentlichen Verkehr schaffen –
35 sichtbar, zugänglich und freiwillig nutzbar.

36 FLINTA*-Waggons schaffen Schutz, Sichtbarkeit und Solidarität. Sie bieten
37 geschützte Räume, in denen FLINTA*-Personen sich sicherer bewegen können –
38 besonders in Situationen, in denen Übergriffe häufig sind. Internationale
39 Beispiele, wie etwa aus Tokio, zeigen: Solche Waggons können das
40 Sicherheitsgefühl nachweislich verbessern. Gleichzeitig machen sie sichtbar,
41 dass Sicherheit im öffentlichen Raum nicht für alle gleichermaßen gegeben ist.
42 Sie thematisieren strukturelle Machtverhältnisse – nicht individuelle
43 Verantwortung. Sie sensibilisieren Mitreisende und Verkehrsunternehmen für die
44 Perspektiven von FLINTA* und stärken als kollektive Räume gegenseitige
45 Unterstützung, Vernetzung und eine feministische Praxis der Fürsorge. Denn
46 Sicherheit ist keine Privatsache – sie ist eine gesellschaftliche Verpflichtung.

47 **Zugang und Freiwilligkeit**

48 Zutritt erhalten FLINTA*-Personen, Kinder im Grundschulalter in Begleitung sowie
49 Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Ziel ist es, Schutzbedarfe anzuerkennen,
50 ohne neue Barrieren zu schaffen. Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig –
51 niemand ist verpflichtet, diese Waggons zu nutzen. FLINTA*-Personen können auch
52 weiterhin alle anderen Abteile nutzen.

53 Diese Schutzräume sind als Übergangslösung zu verstehen – solange umfassende
54 Sicherheit im öffentlichen Raum nicht gewährleistet ist. Gleichzeitig müssen
55 Maßnahmen gegen Gewalt und Belästigung weiterentwickelt und flächendeckend
56 umgesetzt werden.

57 **Sichtbarkeit und Positionierung**

58 Die FLINTA*-Waggons sollen sich stets am Anfang des Zuges befinden – direkt
59 hinter der Fahrer*innenkabine. Durch gut sichtbare Aufschriften, Piktogramme und
60 mehrsprachige Hinweise an Bahnhöfen sowie in Verkehrs-Apps sind sie leicht
61 auffindbar. Die Nähe zur führenden Kabine erhöht das Sicherheitsgefühl und wirkt
62 abschreckend auf potenzielle Täter.

63 **Begleitmaßnahmen und Sicherheitsinfrastruktur**

64 Neben der Einführung der FLINTA*-Waggons fordert der Antrag die Ausstattung
65 aller Waggons mit gut sichtbaren Notrufeinrichtungen, die schnelle und
66 unkomplizierte Hilfe bei Übergriffen ermöglichen. Ebenso soll eine
67 niedrigschwellige, mehrsprachige Hotline eingerichtet werden, die das Melden von
68 Übergriffen erleichtert und Sprachbarrieren abbaut. Diese Maßnahmen sind
69 essenziell, um den Schutz aller Fahrgäste zu gewährleisten und die Sicherheit im
70 Berliner ÖPNV nachhaltig zu erhöhen.

71 Die Einführung und Umsetzung der FLINTA*-Waggons sollen von Beginn an
72 wissenschaftlich begleitet, ausgewertet und intersektional evaluiert werden.
73 Dabei sollen insbesondere Erfahrungen, Perspektiven und Bedarfe von FLINTA*
74 Personen systematisch erfasst und in die Weiterentwicklung des Angebots
75 einbezogen werden.

Begründung

Das Berliner Mobilitätsgesetz verpflichtet dazu, besonders verletzte Gruppen im Verkehr zu schützen. Sicherheit im ÖPNV ist keine individuelle Aufgabe, sondern eine gesellschaftliche Verpflichtung. FLINTA*-Waggons leisten einen konkreten Beitrag, um Gewalt sichtbar zu machen – und Betroffene zu schützen.

Diese Maßnahme soll FLINTA* bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf Mobilität schützen. Sie kann helfen, Sicherheit zu schaffen, wo sie bisher fehlt. Gleichzeitig machen FLINTA*-Waggons die strukturelle Gewalt gegen FLINTA* im Alltag sichtbar – und damit politisch verhandelbar.

Sie sind kein Ersatz für strukturelle Veränderungen, sondern eine dringliche Maßnahme mit Signalwirkung:

Sie zeigen, dass patriarchale Gewalt existiert – und dass Berlin bereit ist, ihr aktiv entgegenzutreten.

Eine aktuelle Petition für sichere FLINTA*-Waggons im Berliner Nahverkehr hat bereits über 23.000 Unterstützer*innen mobilisiert – ein klares Signal an Politik und Verkehrsunternehmen.

Antrag

Initiator*innen: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Titel: **Für die vollständige Abschaffung des Berliner Neutralitätsgesetzes**

Antragstext

1 Die FLINTA-Vollversammlung von **Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Friedrichshain-**
2 **Kreuzberg** fordert die vollständige Abschaffung des "**Berliner**
3 **Neutralitätsgesetzes**" (**NeutrG Bln**).

4 Die Versammlung fordert die grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und den
5 Landesvorstand auf, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen,

- 6 • dass das Berliner Neutralitätsgesetz in seiner Gesamtheit aufgehoben wird,
- 7 • insbesondere das bestehende Kopftuchverbot für Polizei, Justiz und andere
8 Bereiche des öffentlichen Dienstes vollständig entfällt,
- 9 • und dass die diskriminierenden Auswirkungen dieses Gesetzes auf FLINTA,
10 insbesondere muslimische Frauen, klar benannt und beendet werden.

Begründung

Das sogenannte Neutralitätsgesetz – offiziell: **Gesetz zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin – Neutralitätsgesetz (NeutrG Bln)** – hat in der Praxis keine Gleichbehandlung geschaffen, sondern strukturelle Diskriminierung zementiert.

Es verbietet religiöse Symbole in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes – etwa in Schule, Polizei und Justiz.

Doch faktisch betrifft dieses Verbot vor allem **muslimische FLINTA-Personen**, insbesondere Frauen mit Kopftuch, und schließt sie von wichtigen staatlichen Funktionen aus.

Obwohl der Berliner Senat das Kopftuchverbot für Lehrer*innen im Frühjahr 2024 aufgehoben hat, bleiben Polizei und Justiz weiterhin ausgeschlossen – ohne sachliche oder rechtsstaatlich tragfähige Begründung.

Neutralität bedeutet nicht Unsichtbarkeit von Vielfalt.

Demokratische Institutionen gewinnen durch Repräsentation, nicht durch Ausschluss.

Das Neutralitätsgesetz ist ein feministisches Thema.

Es beschneidet FLINTA in ihrer Selbstbestimmung, verstärkt rassistische Diskriminierung und stellt Frauen* mit bestimmten religiösen Zeichen unter Generalverdacht – unter dem Deckmantel staatlicher Neutralität.

Wir fordern gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Ressourcen – auch im Staatsdienst.

Das Neutralitätsgesetz steht dem im Weg. Deshalb fordern wir: **vollständige Abschaffung – jetzt.**

A3

Antrag

Initiator*innen: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Titel: Seminare zu toxischer Männlichkeit

Antragstext

- 1 Jede cis männliche Person, die sich für die Partei Bündnis 90/Die Grünen um ein
- 2 Mandat bewirbt, muss nachweisen, ein Seminar zum Thema toxische Männlichkeit
- 3 besucht zu haben.